



WETZLAR | LAHN-DILL

Charta für Toleranz und Demokratie«

Abschließendes Netzwerktreffen zum Programm

TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN 2011 – 2014

Beratungsergebnisse vom 24.11.2014

1. Vorwort

- Treten Sie der Charta beiSeite 2

2. Organigramm zur Charta

- Erläuterung des Drei-Säulen-ModellsSeite 3

3. Text der »Charta für Toleranz und Demokratie«

- Text der PreambleSeite 4
- Erklärung der zivilgesellschaftlichen Organisationen, der Sie beitreten können. Seiten 4 - 5

4. Gemeinsames Grußwort

des hauptamtlichen Kreisbeigeordneten Stephan Aurand und des
Bürgermeisters Manfred Wagner.Seiten 6 und 7

5. Faktencheck zur Einwanderung

Zahlen gegen Vorurteile • Auszüge einer Dokumentation der Süddeutschen ZeitungSeite 9 und 10

6. Bisherige Rückmeldungen:

- Liste der unterzeichnenden Organisationen (Stand 24.11.2014)Seite 11
- Liste der Organisationen, die gemeldet haben, die Unterzeichnung noch zu beratenSeite 11

7. Formular für die Beitrittserklärung

zur »Charta für Toleranz und Demokratie«Seite 12

AUFRUF

Treten Sie der Charta für Toleranz und Demokratie bei!

Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms
TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN



Lahn|Dill|Kreis
STADT WETZLAR



Vorwort

Am 24.11.2014 fand ein Netzwerktreffen zivilgesellschaftlicher Organisationen statt. Das Treffen fand zum Abschluss des bundesweiten Programms lokalen Aktionsplanes **TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN** zur Bekämpfung von Rechts extremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit statt. Der Lahn-Dill-Kreis und die Stadt Wetzlar beteiligen sich seit 2011 an dem Bundesprogramm mit einem lokalen Aktionsplan. Hierdurch konnten in unserer Region 43 Projekte zur Demokratie- und Toleranzerziehung mit mehr als 230.000 € finanziert werden.

Kern der Beratung für eine **Charta für Toleranz und Demokratie** war den Teil der zivilgesellschaftlichen Säule zu beraten und zu beschließen. Ziel ist es nunmehr, dass möglichst viele Verbände, Vereine, Initiativen, Kirchen, Gewerkschaften und sonstige Organisationen zivilgesellschaftlichen Engagements in unserer Region der Charta beitreten, um gemeinsam für eine Willkommengesellschaft, für Inklusion, Vielfalt, Weltoffenheit und gegenseitigen Respekt einzutreten. Damit sollen Toleranz und Demokratie nachhaltig gestärkt werden. Parallel hierzu bemühen sich die Verantwortlichen der Stadt und des Landkreises, eine gemeinsame Plattform der Gebietskörperschaften und Behörden zu schmieden und mit Blick auf die heimische Wirtschaft eine dritte Säule der Wirtschaftsverbände und berufsständischen Organisationen anzuregen.

In dem beiliegenden gemeinsamen schriftlichen Grußwort hatten Bürgermeister Wagner und der hauptamtliche Beigeordnete des Lahn-Dill-Kreises,

Stephan Aurand, den Versammelten mitgeteilt, dass der Deutsche Bundestag beabsichtigt, im Haushaltsjahr 2015 für das Nachfolgeprogramm »Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit« 40,5 Mio. € zur Verfügung zu stellen. Dies soll dabei helfen, die Vernetzungsaktivitäten von Zivilgesellschaft, Behörden und Politik vor Ort fortzusetzen

Der aktuelle Prozess gegen zwei Neonazis am Amtsgericht in Dillenburg zeigt die Dringlichkeit dieses Engagements. Sie sollen in sieben bzw. acht Fällen »NS-Handlungen verharmlost oder geleugnet zu haben«. Es geht um antisemitische Schändungen und um die Leugnung des Holocaust. Unter anderem sollen sie in der Nacht zum 9. November 2013 - dem 75. Jahrestag der Reichspogromnacht - auf einem Friedhof in Siegen sowie an mehreren Straßen im Dillkreis und im Siegerland Stofftransparente mit der Aufschrift »Die ewige Lüge lebt weiter« aufgehängt haben.

Die jüngsten Ausschreitungen von Hooligans und Neonazis in Köln, die rechtspopulistische Bewegung »Pegida« (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes) und der Brandanschlag in Vorrä fordern von uns allen ein gemeinsames Zeichen für Toleranz und Demokratie.

Im nachfolgenden finden Sie den Text der **Charta für Toleranz und Demokratie** und eine Erläuterung des schon erwähnten Drei-Säulen-Modells, sowie ein Formular, mit dessen Hilfe Sie dieser Charta beitreten können. Finanzielle Verbindlichkeiten entstehen für Sie durch die Unterzeichnung nicht.



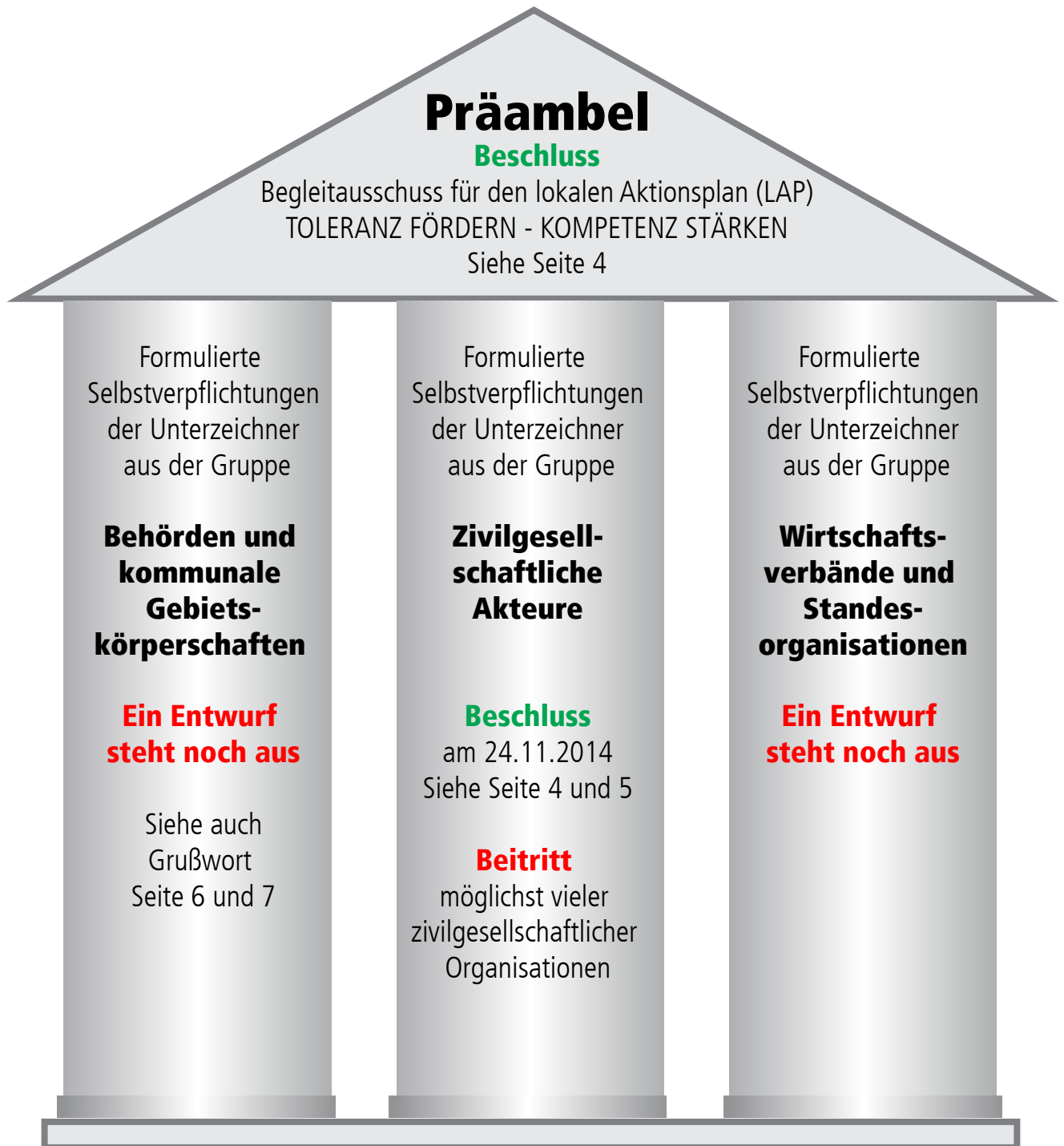
(v.l.n.r.) Andrea Theiß (IG Metall Herborn), Gunter Volk (NABU), Irmi Richter (GEW), Ernst Richter (»Wetzlar erinnert«), Karin Holzer (AWO Aßlar), Simone Ott (Verein »Viele Hände«), Fritz Basseng (Dt.-Türk. Gesellschaft), Hartmut Mai (Nabu Hessen), Rudolf Fippl (Ornithologische Gesellschaft), Harald Würges (AK Flüchtlingshilfe Mittelhessen)

Drei-Säulen-Modell

zur Entwicklung der

Charta für Toleranz und Demokratie

für den Lahn-Dill-Kreis und die Stadt Wetzlar



Charta für Toleranz und Demokratie

Präambel

Beschlossen durch den Begleitausschuss für den lokalen Aktionsplan (LAP)
TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN (11/2014):

Wer gesellschaftlich und politisch Zukunft gestalten will, muss die sozialen und politischen Entwicklungen erkennen und verstehen. Die gesellschaftliche Vielfalt in der Stadt Wetzlar und im Lahn-Dill-Kreis erfordert Toleranz und Schutz vor rassistischen Bestrebungen.

Wir, die Unterzeichner der Charta der Toleranz, unterstützen Handlungskonzepte und Projekte in der Stadt Wetzlar und im Lahn-Dill-Kreis, die unsere weltoffene, international durch Partnerschaften, Freundschaften und wirtschaftliche Beziehungen geprägte Region bestärken. Wir fördern Vorhaben, die sich mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, religiösem Fanatismus und Antisemitismus auseinandersetzen. Wir unterstützen Prozesse der politischen Sozialisation und der Entwicklung von demokratischem Verhalten und demokrati-

schen Einstellungen, insbesondere bei Kindern, Jugendlichen sowie jungen Erwachsenen. Wir fördern eine demokratische Zivilgesellschaft und nachhaltige Strukturen, die auf die Schaffung demokratieförderlicher Sozialisations- beziehungsweise Lebensbedingungen aller Menschen, gerade der Kinder und Jugendlichen, in unserer Region abzielen. Denn die jungen Menschen tragen in der Zukunft Verantwortung für ein tolerantes Miteinander auf der Basis unseres Grundgesetzes.

Wir schaffen ein Klima des freien und friedlichen Austausches unterschiedlicher Meinungen. Wir bieten allen Menschen in unserer Region Freiräume zur Partizipation und zur Gestaltung an politischen Entscheidungsprozessen in unserer Region.

Zivilgesellschaftliche Akteure

Beschlossene durch das Netzwerktreffen der zivilgesellschaftlichen Akteure am Mo., 24.11.2014

Im Rahmen dieser Charta werden wir als zivilgesellschaftliche Akteure ein Netzwerk bilden, welches auf der Grundlage des folgenden Selbstverständnisses agieren wird:

1. Wir teilen Informationen zu diskriminierenden, rechtsextremistischen, rassistischen, antisemitischen und sonstigen men-

schenverachtenden Vorkommnissen in Wetzlar und im gesamten Lahn-Dill-Kreis

2. Wir deuten diese Vorkommnisse: Dies machen wir gleichberechtigt in der Deutung und Bewertung der Vorkommnisse einerseits und auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens und des Aushaltens andererseits

3. Wir entwickeln Handlungsempfehlungen für die Politik, die gesellschaftlichen Akteure, Institutionen und Organisationen in der Stadt Wetzlar und dem gesamten Lahn-Dill-Kreis
4. Wir benötigen Beratung und Impulse von außen (z.B. aus der Wissenschaft, von Beratungsnetzwerken etc.) und Förderprogramme, die uns eine eigenverantwortliche Zusammenarbeit auf der Grundlage des Subsidiaritätsprinzips ermöglichen.

Zu diesem Netzwerk laden wir ein und möchten weitere Beteiligte gewinnen, die sich für die in der Präambel genannten Ziele einsetzen. Jeder bringt sich nach seinen Ressourcen persönlich und zeitlich ein.

Wir schließen uns als eigenverantwortlich agierende Gruppe der »zivilgesellschaftlichen Akteure« den Zielen der »Charta für Toleranz und Demokratie« an.

Wir wollen dabei helfen, in unserer Gesellschaft, in unserer Region und in unseren Organisationen ein Umfeld zu schaffen, das frei von Vorurteilen ist. Alle Menschen sollen Wertschätzung erfahren – unabhängig von Geschlecht, Nationalität, ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter, sexueller Orientierung und Identität. Wir wollen ein Kli-

ma der Akzeptanz und des gegenseitigen Vertrauens schaffen.

Wir setzen uns ein für ein gesellschaftliches und zwischenmenschliches Miteinander, das von gegenseitigem Respekt und Wertschätzung jeder und jedes Einzelnen geprägt ist. Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass in unserer Gesellschaft, in unserem Netzwerk und in unseren Organisationen diese Werte anerkannt, geteilt und gelebt werden. Dabei kommt auf allen Ebenen den Führungskräften bzw. politisch Verantwortlichen eine besondere Verpflichtung zu.

Wir wollen überprüfen und sicherstellen, dass wir unsere Mitmenschen mit der Vielfalt ihrer Fähigkeiten und Talente in unserem Handeln einbeziehen; dass wir die Vielfalt der Gesellschaft innerhalb und außerhalb unserer Organisation anerkennen, die darin liegenden Potenziale wertschätzen und für die Gestaltung des gesellschaftlichen Miteinanders nutzbringend einsetzen.

Wir sind überzeugt: Gelebte Vielfalt und Wertschätzung dieser Vielfalt hat eine positive Auswirkung für das gesellschaftliche Miteinander. In unserer Region, in Deutschland, in Europa und weltweit.

In diesem Sinne wollen wir handeln.



Netzwerktreffen der zivilgesellschaftlichen Organisationen am 24.11.2014 im Nachbarschaftszentrum Niedergirmes. Beratung und Beschluss für die Charta für Toleranz und Demokratie.

Sehr geehrte Damen und Herren,

aktuell hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages für das Haushaltsjahr 2015 40,5 Millionen Euro an Mitteln für das neue Bundesprogramm „Demokratie leben!“ bewilligt. Damit stehen im kommenden Jahr 10 Millionen Euro mehr zur Verfügung als ursprünglich geplant. Das neue Bundesprogramm führt die Aufbauarbeiten und die Vernetzungsaktivitäten von Zivilgesellschaft, Behörden und Politik vor Ort in den Lokalen Aktionsplänen fort, die durch das Bundesprogramm TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN von 2011 bis 2014 gefördert wurden.

Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig erklärte zur Aufstockung der Mittel:

„Ich freue mich über die Unterstützung der Haushälter des Parlaments für das neue Bundesprogramm ‚Demokratie leben!‘. Die Aufstockung um 10 Mio. € auf 40,5 Mio. € ist ein wichtiges Signal. Wir haben eine besorgniserregende Zunahme von antisemitischen Hetzparolen und eine gefährliche Radikalisierung von immer mehr Jugendlichen im Zusammenhang mit der Terrormiliz ‚Islamischer Staat‘. Deshalb ist es wichtig, dass unser demokratischer Staat nicht nur mit aller Konsequenz gegen Straftäter vorgeht, sondern auch die Radikalisierungsprävention zum Schwerpunkt macht.“

Das neue Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ startet am 1. Januar 2015 und wird deutschlandweit das zivile Engagement von Initiativen und Vereinen für Vielfalt und Demokratie unterstützen.

Neben der Arbeit gegen Rechtsextremismus sollen auch Projekte gefördert werden, die sich gegen jegliche Formen von vorurteilsbasierter, politischer und weltanschaulich motivierter Gewalt wenden.



Die Stadt Wetzlar und der Lahn-Dill-Kreis haben in einem gemeinsamen Antrag ihr Interesse an dem neuen Förderprogramm bekundet. Ob die Stärkung des Engagements vor Ort -in unserer Region- durch das Bundesfamilienministerium weiter gefördert wird, das erfahren wir im Dezember 2014.

Bei allem Optimismus auf einen positiven Entscheid hat der Begleitausschuss zu unserem Lokalen Aktionsplan vorgedacht und ein 3-Säulen-Modell entwickelt, das sich auf die >>Charta für Toleranz und Demokratie<< für den Lahn-Dill-Kreis und die Stadt Wetzlar stützt. Dahinter steht die Idee, mit den drei Säulen >>Behörden und kommunale Gebietskörperschaften, Zivilgesellschaftliche Akteure, Wirtschaftsverbände und Standesorganisationen<< ein Modell für unsere Region zu schaffen, das nachhaltig wirkt im gemeinsamen Engagement gegen Extremismus, Rassismus, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Gewalt – für eine Gemeinschaft auf der Basis demokratischer Grundwerte, für Weltoffenheit und Toleranz in der Stadt Wetzlar und im Lahn-Dill-Kreis. Wir wünschen Ihnen für das heutige Netzwerktreffen der Zivilgesellschaft einen anregenden Austausch und einen erfolgreichen Diskussionsabend zu den vorliegenden Entwürfen.



Stephan Aurand
Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter



Manfred Wagner
Bürgermeister

Faktencheck zur Einwanderung

Zahlen gegen Vorurteile

- Europa nimmt nur einen Bruchteil der Flüchtlinge weltweit auf.
- Deutschland nimmt im europaweiten Vergleich am meisten Flüchtlinge auf, doch die Werte relativieren sich, wenn man die Einwohnerzahlen berücksichtigt.
- Einwanderer entlasten die Sozialkassen jedes Jahr mit Tausenden Euro.

Die Zahl der Geflüchteten weltweit steigt und mit ihnen auch Fremdenfeindlichkeit und Ablehnung in Deutschland. Geht es um Flüchtlinge, um Zuwanderung, dann sehen viele Menschen nur das Negative. Tatsächlich gibt es Probleme bei der Integration. Doch wer kennt schon die genauen Zusammenhänge, wer betrachtet die Zahlen? Und wer versucht wirklich zu verstehen, was hinter den Zahlen steckt, mit denen Vorurteile und Fremdenfeindlichkeit geschürt werden. Die Süddeutsche Zeitung hat hierzu wichtigsten Fragen aufgegriffen. Die Antworten auszugsweise: Weitere Informationen auf der [Internetseite der Süddeutschen](#):

Trägt Europa die Hauptlast?

Europa ist ein reicher Kontinent. Aber immer wieder wird behauptet, Flüchtlinge gefährden diesen Reichtum. Europa würde eine zu große Last tragen.

Die Zahlen zeigen etwas anderes. Zum Beispiel die zu den aus Syrien Geflüchteten. Durch den Krieg dort wurden 2,8 Mio. Menschen zu Flüchtlingen, 6,5 Mio. wurden innerhalb Syriens vertrieben. Laut UNHCR haben allerdings nur vier Prozent der Geflüchteten Zuflucht in Europa gesucht. In den Libanon sind fast zehn Mal so viele Menschen geflohen. Im Vergleich: In Bayern kommt ein Flüchtling auf 305 Einwohner, in Jordanien ist das Verhältnis 1:11.

Wohin syrischen Flüchtlinge geflohen sind:

Libanon	1 117 095	Irak	225 457
Türkei	789 678	Ägypten	138 101
Jordanien	602 182	Europa	123 600

Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg sind es so viele. Bei 33,3 Mio. handelt es sich um Binnenvertriebene, also Menschen, die innerhalb ihrer eigenen Länder auf der Flucht sind.

Mehr als 80 Prozent aller Flüchtlinge bleiben in der Region oder in den Nachbarstaaten ihrer Heimat. Und 80 Prozent der Flüchtlinge werden von den Ländern des globalen Südens aufgenommen.

Kommen immer mehr nach Deutschland?

Das deutsche Grundgesetz und die UN-Flüchtlingskonvention verpflichten Deutschland, Flüchtlingen Schutz zu bieten. 158.080 Asylanträge sind in den ersten zehn Monaten des Jahres 2014 beim Bundesamt für Migration eingegangen. Das sind 56,6 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des Jahres 2013. Ein deutlicher Anstieg, der vor allem globale Ursachen hat. Bis 2008 ist die Zahl der Geflüchteten deutlich gesunken, seither steigt sie wieder: Dafür hat eine Phase mit vielen bewaffneten Konflikten gesorgt zum Beispiel der Arabische Frühling. Oder jetzt der Krieg in Syrien. Immer mehr sind es langfristig allerdings nicht. Es waren schon einmal deutlich mehr. 438.191 Menschen haben 1992 in Deutschland Asyl beantragt.

Der Grund für den Einbruch bei der Zahl der Anträge zwischen 1993 und 1994 war eine Neuregelung des Asylrechts. Der sogenannte »Asylkompromiss« wurde im Mai 1993 geschlossen. Danach wurde es schwieriger, nach Deutschland zu gelangen und sich auf das Grundrecht auf Asyl zu berufen.

Tut Deutschland mehr für Geflüchtete als die anderen EU-Staaten?

Innenminister Thomas de Maizière (CDU) klagt, in der EU verteile sich die große Mehrheit der Asylbewerber auf Deutschland und drei, vier weitere Staaten. Tatsächlich haben im Jahr 2013 ein Drittel aller Flüchtlinge, die in den 28 EU-Staaten um Asyl baten, dies in Deutschland getan.

Doch das allein ist wenig aussagekräftig. Denn betrachtet man das Verhältnis der Asylbewerberzahlen zu den Einwohnerzahlen im europäischen Vergleich, relativiert sich die Zahl. Setzt man das allerdings in Relation zur Größe der Bevölkerung, sehen die Verhältnisse anders aus. Laut Eurostat werden in Ländern wie Schweden (5,7 Asylanträge pro 1000 Einwohner), Österreich (2) oder Ungarn (1,9) relativ gesehen mehr Asylanträge als in Deutschland (1,5) gestellt. Selbst in der Schweiz sind es laut UNHCR mehr als in der Bundesrepublik.

Wenn man die Anerkennungsquoten für das Jahr 2012 im europäischen Vergleich betrachtet wird deutlich, wie viele Flüchtlinge ein Staat endgültig aufnimmt.

Deutschland gewährte danach 2012 17.140 Menschen Schutz, Schweden 9.000, Frankreich 8.645 und Italien 8.480. Rechnet man diese Zahlen auf die Bevölkerungsgröße der Länder um zeigt sich: Die großen EU-Mitgliedstaaten lagen weit zurück. Die Liste führen Schweden, die Schweiz, Belgien und Österreich an.

Kosten Einwanderer Deutschland zu viel Geld?

Die steigende Anzahl von Flüchtlingen spiegelt sich auch in den Ausgaben des Staates. Rund 1,5 Mrd. € gab der Bund 2013 für Asylbewerberleistungen aus. Das sind 38 % mehr als im Vorjahr. Ende 2013 bezogen rund 225 000 Menschen solche Leistungen - 36 % mehr als im Vorjahr. Im Vergleich zum gesamten Bundeshaushalt 2013 von 310.000.000.000 € wirkt die Zahl von 1.500.000.000 € allerdings gar nicht mehr so groß. Das sind nur 0,48 Prozent.

Und was bedeutet das für den Einzelnen?

Was ein Flüchtling vom Staat bekommt, ist im Asylbewerberleistungsgesetz geregelt. Die Sätze waren seit 1993 die gleichen. Das Bundesverfassungsgericht erklärte sie 2012 für verfassungswidrig. Das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum sei nicht gewährleistet. Bis zu 47 % lagen die Leistungen für Asylbewerber unter Hartz-IV-Niveau. Die Menschenwürde sei migrationspolitisch nicht zu relativieren, hieß es in dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts.

2014 wurden die Leistungen deshalb angehoben.

Ein Haushaltsvorstand erhält jetzt monatlich 140 € Taschengeld, sein Ehepartner rund 126 Euro, minderjährige Kinder - je nach Alter - rund 90 Euro. Dazu kommen Sachleistungen, die den Bedarf ... decken sollen. Um den Verwaltungsaufwand zu reduzieren, werden diese allerdings mittlerweile auch meist in Form vom Bargeld ausgezahlt. Damit erhält ein Haushaltsvorstand jetzt 362 Euro, sein Ehepartner 90 % davon, Kinder je nach Alter zwischen 290 und 215 Euro.

Hier lebende Ausländer entlasten den Sozialstaat außerdem in Milliardenhöhe. Rund 6,6 Mio. Menschen ohne deutschen Pass sorgten die im Jahr 2012 für einen Überschuss von insgesamt 22 Mrd. Euro. Jeder Ausländer zahlt demnach pro Jahr durchschnittlich 3.300 € mehr Steuern und Sozialabgaben, als er an staatlichen Leistungen erhält. Bei einem höheren Bildungsniveau der Ausländer könnte ihr Beitrag zu den öffentlichen Haushalten noch deutlich gesteigert werden, resümierten die Forscher. Und tatsächlich steigt ihr Qualifikationsniveau stetig an, wie der Mikrozensus beweist. Wenn die bereits heute in Deutschland lebenden Ausländer unter 30 Jahren durchschnittlich das gleiche Bildungsniveau erreichten wie die Deutschen und dadurch im Job entsprechend besser verdienen, würde diese Altersgruppe über ihre gesamte Lebenszeit pro Kopf 118.400 € mehr an Steuern und Abgaben zahlen. Jeder Bürger könnte der Untersuchung zufolge um mehr als 400 € jährlich fiskalisch entlastet werden, wenn künftig pro Jahr mindestens 200.000 Zuwanderer nach Deutschland kämen und 30 % von ihnen hoch und weitere 50 % mittel qualifiziert wären.

Wird Deutschland also ausgenutzt? Sind wir das Sehnsuchtsziel aller Flüchtlinge? Die Fakten sprechen dagegen.

Quellen:

Faktencheck zur Einwanderung, Sebastian Gierke, Süddeutsche Zeitung online vom 08.12.2014

Beitrag von Ausländern und künftiger Zuwanderung zum deutschen Staatshaushalt, Prof. Dr. Holger Bonin, ZEW, Mannheim.

Beitritt von zivilgesellschaftlichen Organisationen

Stand 15.12.2014

Entscheidung über einen Beitritt haben getroffen (sortiert nach Eingangsdatum):

- **GEW**
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Kreisverband Wetzlar
- **Bündnis Wetzlar BUNT statt BRAUN**
- **NABU**
Naturschutzbund Deutschland, Landesverband Hessen e.V.
- **HGON**
Hessische Gesellschaft für Ornithologie und Naturschutz e.V.
- **Verein WETZLAR ERINNERT e.V.**
- **NABU**
Naturschutzbund Deutschland, Kreisverband Lahn-Dill
- **Industriegewerkschaft Metall**
Verwaltungsstelle Herborn
- **Arbeiterwohlfahrt**
Ortsverein Aßlar
- **Viele Hände e.V., Wetzlar**
- **GEW**
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Kreisverband Dill

In Aussicht gestellt, nach organisationsinternen Beschlüssen der Charta beizutreten, haben:

- **DGB**
Deutscher Gewerkschaftsbund, Kreisverband Lahn-Dill
- **Arbeitsloseninitiative Lahn-Dill – WALI**
- **TSV**
Turn- und Sportverein 1900 Fleisbach e.V.
- **Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft**
Ortsverein Wetzlar
- **ARCHCE NOAH**
Soziale und missionarische Netzwerkarbeit e.V.
- **Deutsch-Türkische Gesellschaft für gemeinsame Bürgerschaft e. V.**
Wetzlar

Multiplikator/-innen zur Verbreitung der Charta innerhalb

- **der DGB-Gewerkschaften, Betriebsräte, Personalräte und Jugend- und Ausbildungsvertr.**
Matthias Körner, Dr. Ulf Immelt
- **des Sportkreises Lahn-Dill, der Sportvereine**
Rainer Apfelstedt
- **der Bezirksjugendringe Wetzlar und Dill, sowie der Jugendverbände**
Erich Schmidt
- **der Naturschutz- und Umweltverbände**
Hartmut Mai
- **der katholischen Kirche**
Joachim Schaefer
- **der ervangelischen Kirche**
Harald Würges



Erklärung zum Beitritt zur

Charta für Toleranz und Demokratie

Gruppe der zivilgesellschaftlichen Akteure

Erläuterung. Zum Ausfüllen und Unterzeichnen dieses Formulars gibt es drei Möglichkeiten:

1. Das Formular ausdrucken, ausfüllen und unterzeichnen. Zurücksenden an den Verein WETZLAR ERINNERT e.V., Helgebachstraße 32, D 35578 Wetzlar
2. Das Formular ausdrucken, ausfüllen und unterzeichnen. Per FAX senden an WETZLAR ERINNERT e.V. +49 (0)6441 - 92 18 41
3. Die Beitrittserklärung gibt es auch al PDF Formular, das auf Ihrem Rechner geöffnet und direkt ausgefüllt werden kann. Das Dokument können Sie anfordern bei ernst.richter@t-online.de.

Angaben zur Organisation:

<input type="text"/>	<input type="text"/>
Name der Organisation (ausgeschrieben)	Organisationskürzel
<input type="text"/>	<input type="text"/>
Wenn ja, Gliederung der Organisation	Zuständiger Einzugsbereich
<input type="text"/>	<input type="text"/>
Organisationsgruppe (Sozialverb., Sport, etc.)	Rechtsform (z.B. e.V.; Genossensch. Initiative usw.)

Angaben zur Kontaktperson:

<input type="text"/>	<input type="text"/>
Vorname und Nachname der Kontaktperson	Funktion der Kontaktperson
<input type="text"/>	<input type="text"/>
Straße (evtl. auch Ortsteil)	PLZ und Ort
<input type="radio"/> Anschrift der Organisation	
<input type="radio"/> Privatanschrift der Person	
<input type="text"/>	<input type="text"/>
Telefon (privat oder dienstlich)	E-Mailanschrift (privat oder dienstlich)
<input type="text"/>	<input type="text"/>
Ort und Datum	Unterschrift Mailversand Name